

Interaktiver Fall 2

Wurstkonserve

Die X GmbH produziert Fleischerzeugnisse, unter anderem Wurstkonserven. Die Verbraucherin V findet am 10.8.2023 beim Verzehr einer der von der X GmbH hergestellten Konserven einen Glassplitter und wendet sich an die zuständige Behörde der amtlichen Lebensmittelüberwachung. Die von der Behörde eingeleitete Untersuchung des restlichen Inhalts der Konserve bringt drei klare, 2 – 5 mm lange und zum Teil scharfkantig geformte Plexiglasteilchen zu Tage.

Bereits am 8.7.2023 hatte sich in der Produktionsanlage der X GmbH Folgendes zgetragen: Verärgert über das schlechte Spiel seiner Lieblingsfußballmannschaft hatte Fleischermeister F, ein Angestellter des Unternehmens X, den Plexiglasdeckel des Kutters etwas heftiger geschlossen als nötig. Dabei zerbrach der Deckelrand. F informierte den Betriebsleiter B; dieser entschied, den Schaden durch Sieben des Wurstgutes zu beseitigen. B informierte den Geschäftsführer G über den Vorgang, der weitere Maßnahmen nicht für erforderlich hielt. Die betroffene Charge umfasste rund 1.000 Konserven, die am 10.7.2023 an 10 Kunden, hierunter auch einen sogenannten Cash & Carry-Markt, ausgeliefert wurden. Die Haltbarkeitsdauer der Konserven beträgt ein Jahr.

[Weiter](#)

Aufgaben

A. Welche Maßnahmen wird die zuständige Behörde der amtlichen Lebensmittelüberwachung gegenüber der X-GmbH einleiten?

B. Welche Maßnahmen der zuständige Behörde kommen gegenüber dem Betreiber des Cash & Carry-Marktes in Betracht?

C. Welche Maßnahmen sollte G ergreifen?

A. Welche Maßnahmen wird die zuständige Behörde der amtlichen Lebensmittelüberwachung gegenüber der X-GmbH einleiten?

I. Rücknahme / Rückruf nach § 39 LFGB
i.V.m. Art. 138 der Verordnung (EU) 2017/625

Lösung

A. Welche Maßnahmen wird die zuständige Behörde der amtlichen Lebensmittelüberwachung gegenüber der X-GmbH einleiten?

I. Rücknahme / Rückruf nach § 39 LFGB i.V.m. Art. 138 Verordnung (EU) 2017/625 (EU-Kontrollverordnung)

Die Maßnahmen der zuständigen Behörden sind in § 39 LFGB i.V.m. Art. 138 EU-Kontrollverordnung geregelt. Danach könnte die Behörde insbesondere die **Rücknahme oder den Rückruf des Lebensmittels anordnen** (Art. 138 Abs. 2 Buchst. g) EU-Kontrollverordnung).

A. Welche Maßnahmen wird die zuständige Behörde der amtlichen Lebensmittelüberwachung gegenüber der X-GmbH einleiten?

- I. Rücknahme / Rückruf nach § 39 LFGB
i.V.m. Art. 138 der Verordnung (EU) 2017/625

Die Anordnung einer Rücknahme oder eines Rückrufs setzt einen Verstoß gegen das Lebensmittelrecht voraus; in Betracht kommen die genannten Anordnungen aber auch zur Verhütung künftiger Verstöße und zum Schutz vor Gefahren für die Gesundheit oder vor Täuschung.

[Weiter](#)

- A. Welche Maßnahmen wird die zuständige Behörde der amtlichen Lebensmittelüberwachung gegenüber der X-GmbH einleiten?
- I. Rücknahme / Rückruf nach § 39 LFGB i.V.m. Art. 138 der Verordnung (EU) 2017/625

Damit die Behörde die beschriebenen Maßnahmen ergreifen kann, müssen die Grundvoraussetzungen vorliegen; insbesondere muss ein festgestellter oder vermunteter Verstoß gegen das Lebensmittelrecht vorliegen oder eine Gefahr für die Gesundheit des Verbrauchers gegeben sein.

[Weiter](#)

A. Welche Maßnahmen wird die zuständige Behörde der amtlichen Lebensmittelüberwachung gegenüber der X-GmbH einleiten?

I. Rücknahme / Rückruf nach § 39 LFGB
i.V.m. Art. 138 der Verordnung (EU) 2017/625

1. Verstoß gegen das Lebensmittelrecht

1. Verstoß gegen das Lebensmittelrecht

Es könnte ein Verstoß gegen Artikel 14 der Verordnung (EG) Nr. 178/2002 (Basisverordnung) vorliegen, wenn es sich um ein **nicht sicheres Lebensmittel** handelt.

A. Welche Maßnahmen wird die zuständige Behörde der amtlichen Lebensmittelüberwachung gegenüber der X-GmbH einleiten?

I. Rücknahme / Rückruf nach § 39 LFGB
i.V.m. Art. 138 der Verordnung (EU) 2017/625

1. Verstoß gegen das Lebensmittelrecht

Ein Lebensmittel ist nicht sicher, wenn davon auszugehen ist, dass es **gesundheits-schädlich** oder **zum Verzehr ungeeignet** ist.

A. Welche Maßnahmen wird die zuständige Behörde der amtlichen Lebensmittelüberwachung gegenüber der X-GmbH einleiten?

I. Rücknahme / Rückruf nach § 39 LFGB
i.V.m. Art. 138 der Verordnung (EU) 2017/625

1. Verstoß gegen das Lebensmittelrecht

Die Abgrenzung zwischen „gesundheitsschädlich“ und „zum Verzehr ungeeignet“ ist oft schwierig; gesundheitsschädliche Lebensmittel sind stets auch zum Verzehr ungeeignet. Häufig kommt es auf die Abgrenzung – so wie hier – nicht an: Ein Lebensmittel, das Glasscherben enthält, ist geeignet, eine Gesundheitsschädigung beim Verbraucher hervorzurufen; daneben ist der Verzehr eines solchen Lebensmittels für den Verbraucher auch inakzeptabel. Bedeutung hat die Abgrenzung aber im Hinblick auf die Straf- und Bußgeldvorschriften (hierzu unten, IV.).

Ein Verstoß gegen das Lebensmittelrecht liegt jedenfalls vor.

Weiter

A. Welche Maßnahmen wird die zuständige Behörde der amtlichen Lebensmittelüberwachung gegenüber der X-GmbH einleiten?

I. Rücknahme / Rückruf nach § 39 LFGB
i.V.m. Art. 138 der Verordnung (EU) 2017/625

1. Verstoß gegen das Lebensmittelrecht

2. In Betracht kommende Anordnungen und Maßnahmen

2. In Betracht kommende Anordnungen und Maßnahmen

Die Behörde kann die notwendigen Anordnungen und Maßnahmen treffen, wobei der Katalog von Maßnahmen in Art. 138 Abs. 2 EU-Kontrollverordnung nicht abschließend ist. So kann die Behörde in Fällen von bloßen Etikettierungsfehlern von der Anordnung eines Rückrufs / einer Rücknahme absehen (diese Maßnahmen wären in der Regel unverhältnismäßig) und lediglich die Behebung des Kennzeichnungsmangels verlangen. Liegt allerdings ein gesundheitsschädliches oder zum Verzehr ungeeignetes Lebensmittel vor, ist insbesondere zu prüfen, ob **Rücknahme** oder Rückruf in Betracht kommen.

A. Welche Maßnahmen wird die zuständige Behörde der amtlichen Lebensmittelüberwachung gegenüber der X-GmbH einleiten?

- I. Rücknahme / Rückruf nach § 39 LFGB i.V.m. Art. 138 der Verordnung (EU) 2017/625
 1. Verstoß gegen das Lebensmittelrecht
 2. In Betracht kommende Anordnungen und Maßnahmen

Unter der Rücknahme ist eine Maßnahme zu verstehen, mit der verhindert werden soll, dass ein Erzeugnis, das den Verbraucher noch nicht erreicht hat, auch durch andere Wirtschaftsbeteiligte weiter in den Verkehr gebracht wird. Da die betroffene Charge von Wurstkonserven bereits ausgeliefert wurde und jedenfalls zum Teil den Endverbraucher erreicht hat, ist es für die Anordnung einer Rücknahme bereits zu spät.

[Weiter](#)

A. Welche Maßnahmen wird die zuständige Behörde der amtlichen Lebensmittelüberwachung gegenüber der X-GmbH einleiten?

- I. Rücknahme / Rückruf nach § 39 LFGB i.V.m. Art. 138 der Verordnung (EU) 2017/625
 1. Verstoß gegen das Lebensmittelrecht
 2. In Betracht kommende Anordnungen und Maßnahmen

Unter dem Rückruf versteht man eine Maßnahme, mit der verhindert werden soll, dass ein Erzeugnis, das den Verbraucher oder den Verwender bereits erreicht hat oder erreicht haben könnte, weiter in Verkehr gebracht wird. Bei einem Rückruf ist es stets notwendig, die Öffentlichkeit zu informieren, weil sich die betreffenden Lebensmittel nicht mehr vollständig im Zugriff des Lebensmittelunternehmers befinden. Hier kommt nur ein Rückruf in Frage, da das Produkt bereits ausgeliefert wurde und – jedenfalls teilweise – bereits den Endverbraucher erreicht hat.

Weiter

A. Welche Maßnahmen wird die zuständige Behörde der amtlichen Lebensmittelüberwachung gegenüber der X-GmbH einleiten?

- I. Rücknahme / Rückruf nach § 39 LFGB i.V.m. Art. 138 der Verordnung (EU) 2017/625
 - 1. Verstoß gegen das Lebensmittelrecht
 - 2. In Betracht kommende Anordnungen und Maßnahmen
 - 3. Ermessen

3. Ermessen

Bei der Wahl der Maßnahme ist die Behörde frei; allerdings stehen die Maßnahmen nach dem Wortlaut ("können") im Ermessen der Behörde. Dies bedeutet, dass der Behörde ein Ermessensspielraum zukommt; dieses Ermessen muss die Behörde pflichtgemäß ausüben.

Zugespitzt bedeutet Ermessen, dass die von der Behörde angeordnete Maßnahme **geeignet, erforderlich (notwendig) und angemessen** sein muss, um die Gefahr zu beseitigen.

A. Welche Maßnahmen wird die zuständige Behörde der amtlichen Lebensmittelüberwachung gegenüber der X-GmbH einleiten?

I. Rücknahme / Rückruf nach § 39 LFGB
i.V.m. Art. 138 der Verordnung (EU) 2017/625

1. Verstoß gegen das Lebensmittelrecht
2. In Betracht kommende Anordnungen und Maßnahmen
3. Ermessen

a) Geeignetheit der Maßnahme

a) Geeignetheit der Maßnahme

Die Geeignetheit der Anordnung eines Rückrufs steht außer Frage, denn nur, wenn das betroffene Lebensmittel aus dem Verkehr gezogen wird, kann eine Gesundheitsgefahr bei den Verbrauchern ausgeschlossen werden.

Weiter

A. Welche Maßnahmen wird die zuständige Behörde der amtlichen Lebensmittelüberwachung gegenüber der X-GmbH einleiten?

- I. Rücknahme / Rückruf nach § 39 LFGB i.V.m. Art. 138 der Verordnung (EU) 2017/625
 - 1. Verstoß gegen das Lebensmittelrecht
 - 2. In Betracht kommende Anordnungen und Maßnahmen
 - 3. Ermessen
 - a) Geeignetheit der Maßnahme
 - b) **Erforderlichkeit der Maßnahme**

b) Erforderlichkeit der Maßnahme

Erforderlich oder notwendig ist eine Maßnahme, wenn kein milderes, gleich geeignetes Mittel zur Verfügung steht. Da sich das Produkt in den Regalen des Einzelhandels befindet und bereits teilweise abverkauft wurde, ist ein milderes, aber gleichermaßen geeignetes Mittel nicht ersichtlich. Zu beachten ist auch, dass das Produkt noch eine verhältnismäßig lange verbleibende Haltbarkeitsdauer aufweist; es kann also keinesfalls davon ausgegangen werden, dass sich das Produkt nicht mehr in Verkehr befindet (sprich: alle übrigen Konserven bereits verzehrt wurden, ohne dass es zu Zwischenfällen kam). Im Fall von Konserven, die Glassplitter enthalten könnten, wäre dies wegen der akuten Gesundheitsgefährdung ohnehin kaum vertretbar.

Weiter

A. Welche Maßnahmen wird die zuständige Behörde der amtlichen Lebensmittelüberwachung gegenüber der X-GmbH einleiten?

- I. Rücknahme / Rückruf nach § 39 LFGB i.V.m. Art. 138 der Verordnung (EU) 2017/625
 - 1. Verstoß gegen das Lebensmittelrecht
 - 2. In Betracht kommende Anordnungen und Maßnahmen
 - 3. Ermessen
 - a) Geeignetheit der Maßnahme
 - b) Erforderlichkeit der Maßnahme
 - c) Angemessenheit der Maßnahm

c) Angemessenheit der Maßnahme

Die Angemessenheit ist dann nicht gegeben, wenn die angeordnete Maßnahme außer Verhältnis zu dem verfolgten Zweck steht. Hier steht angesichts der denkbaren erheblichen Gesundheitsgefahren beim Verschlucken der Glasscherben außer Frage, dass ein Rückruf nicht außer Verhältnis zum angestrebten Zweck steht.

Weiter

A. Welche Maßnahmen wird die zuständige Behörde der amtlichen Lebensmittelüberwachung gegenüber der X-GmbH einleiten?

- I. Rücknahme / Rückruf nach § 39 LFGB i.V.m. Art. 138 der Verordnung (EU) 2017/625
 - 1. Verstoß gegen das Lebensmittelrecht
 - 2. In Betracht kommende Anordnungen und Maßnahmen
 - 3. Ermessen
 - a) Geeignetheit der Maßnahme
 - b) Erforderlichkeit der Maßnahme
 - c) Angemessenheit der Maßnahm
 - d) Zwischenergebnis

d) Zwischenergebnis

Die Anordnung eines Rückrufs ist verhältnismäßig. Anordnung ist nicht gleichbedeutend mit Durchführung; die Behörde wird den Rückruf also zunächst nicht selbst durchführen, sondern den Lebensmittelunternehmer, die X-GmbH, vertreten durch ihren Geschäftsführer G, auffordern, dies unverzüglich zu tun.

Weiter

A. Welche Maßnahmen wird die zuständige Behörde der amtlichen Lebensmittelüberwachung gegenüber der X-GmbH einleiten?

I. Rücknahme / Rückruf nach § 39 LFGB
i.V.m. Art. 138 der Verordnung (EU) 2017/625

1. Verstoß gegen das Lebensmittelrecht
2. In Betracht kommende Anordnungen und Maßnahmen
3. Ermessen
 - a) Geeignetheit der Maßnahme
 - b) Erforderlichkeit der Maßnahme
 - c) Angemessenheit der Maßnahme
 - d) Zwischenergebnis

4. Umfang der Maßnahme

4. Umfang der Maßnahme

Steht fest, dass die Anordnung eines Rückrufs seitens der Behörde zulässig ist, muss der Umfang der Rückrufmaßnahme geklärt werden. Hierzu trifft Artikel 14 Abs. 6 Basisverordnung eine wichtige Regelung:

„Gehört ein nicht sicheres Lebensmittel zu einer Charge, einem Posten oder einer Lieferung von Lebensmitteln der gleichen Klasse oder Beschreibung, so ist davon auszugehen, dass sämtliche Lebensmittel in dieser Charge, diesem Posten oder dieser Lieferung ebenfalls nicht sicher sind, es sei denn, bei einer eingehenden Prüfung wird kein Nachweis dafür gefunden, dass der Rest der Charge, des Postens oder der Lieferung nicht sicher ist.“

[Weiter](#)

A. Welche Maßnahmen wird die zuständige Behörde der amtlichen Lebensmittelüberwachung gegenüber der X-GmbH einleiten?

I. Rücknahme / Rückruf nach § 39 LFGB
i.V.m. Art. 138 der Verordnung (EU) 2017/625

1. Verstoß gegen das Lebensmittelrecht
2. In Betracht kommende Anordnungen und Maßnahmen
3. Ermessen
 - a) Geeignetheit der Maßnahme
 - b) Erforderlichkeit der Maßnahme
 - c) Angemessenheit der Maßnahme
 - d) Zwischenergebnis

4. Umfang der Maßnahme

Dieser Nachweis ist vorliegend nicht zu erbringen, da das Vorhandensein von Scherben in anderen Konserven nicht ausgeschlossen werden kann. Die Anordnung des Rückrufs ist auf die gesamte Charge (1000 Konserven) zu beziehen.

Weiter

A. Welche Maßnahmen wird die zuständige Behörde der amtlichen Lebensmittelüberwachung gegenüber der X-GmbH einleiten?

I. Rücknahme / Rückruf nach § 39 LFGB
i.V.m. Art. 138 der Verordnung (EU) 2017/625

1. Verstoß gegen das Lebensmittelrecht
2. In Betracht kommende Anordnungen und Maßnahmen
3. Ermessen
 - a) Geeignetheit der Maßnahme
 - b) Erforderlichkeit der Maßnahme
 - c) Angemessenheit der Maßnahm
 - d) Zwischenergebnis
4. Umfang der Maßnahme

II. Information der Öffentlichkeit gemäß
§ 40 Abs. 1 LFGB

II. Information der Öffentlichkeit gemäß § 40 Abs. 1 LFGB

In bestimmten Fällen kann die Behörde nach § 40 LFGB selbst die Öffentlichkeit informieren und dabei insbesondere vor dem Verzehr des Produkts warnen.

Weiter

A. Welche Maßnahmen wird die zuständige Behörde der amtlichen Lebensmittelüberwachung gegenüber der X-GmbH einleiten?

I. Rücknahme / Rückruf nach § 39 LFGB
i.V.m. Art. 138 der Verordnung (EU) 2017/625

1. Verstoß gegen das Lebensmittelrecht
2. In Betracht kommende Anordnungen und Maßnahmen
3. Ermessen
 - a) Geeignetheit der Maßnahme
 - b) Erforderlichkeit der Maßnahme
 - c) Angemessenheit der Maßnahme
 - d) Zwischenergebnis

4. Umfang der Maßnahme

II. Information der Öffentlichkeit gemäß § 40 Abs. 1 LFGB

1. Anwendungsbereich

1. Anwendungsbereich

§ 40 LFGB beschränkt die Möglichkeit der Information der Öffentlichkeit nicht auf bestimmte Sachverhalte; eine Information der Öffentlichkeit kommt dem Grunde nach also nicht nur in Fällen drohender Gesundheitsgefahren in Betracht, sondern auch in Fällen des Täuschungsschutzes. Allerdings steht die Maßnahme wiederum im Ermessen der Behörde (es handelt sich um eine „soll“-Vorschrift; die Behörde wird also nur in Ausnahmefällen von einer Information absehen), weshalb eine solche Maßnahme z. B. im Fall einer irreführenden Aufmachung unverhältnismäßig sein kann. Im Fall gesundheitsschädlicher Lebensmittel kann eine Information der Öffentlichkeit – beim Vorliegen der weiteren Voraussetzungen – jedenfalls grundsätzlich erfolgen (vgl. § 40 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 LFGB).

Weiter

A. Welche Maßnahmen wird die zuständige Behörde der amtlichen Lebensmittelüberwachung gegenüber der X-GmbH einleiten?

I. Rücknahme / Rückruf nach § 39 LFGB i.V.m. Art. 138 der Verordnung (EU) 2017/625

1. Verstoß gegen das Lebensmittelrecht
2. In Betracht kommende Anordnungen und Maßnahmen
3. Ermessen
 - a) Geeignetheit der Maßnahme
 - b) Erforderlichkeit der Maßnahme
 - c) Angemessenheit der Maßnahme
 - d) Zwischenergebnis

4. Umfang der Maßnahme

II. Information der Öffentlichkeit gemäß § 40 Abs. 1 LFGB

1. Anwendungsbereich
2. Relevantes Interesse der Öffentlichkeit

2. Relevantes Interesse der Öffentlichkeit

Gemäß § 40 Abs. 1 Satz 3 LFGB muss ein relevantes Interesse der Öffentlichkeit an der Information bestehen und dieses Interesse gegenüber den Belangen des betroffenen Unternehmens überwiegen. Es ist zu beachten, dass im Fall einer Gesundheitsgefährdung keine Interessensabwägung mehr gefordert wird; entgegen der früheren Rechtslage verweist § 40 Abs. 1 Satz 3 LFGB nur noch auf Satz 2 Nr. 3 bis 5.

Weiter

A. Welche Maßnahmen wird die zuständige Behörde der amtlichen Lebensmittelüberwachung gegenüber der X-GmbH einleiten?

- I. Rücknahme / Rückruf nach § 39 LFGB i.V.m. Art. 138 der Verordnung (EU) 2017/625
 1. Verstoß gegen das Lebensmittelrecht
 2. In Betracht kommende Anordnungen und Maßnahmen
 3. Ermessen
 - a) Geeignetheit der Maßnahme
 - b) Erforderlichkeit der Maßnahme
 - c) Angemessenheit der Maßnahme
 - d) Zwischenergebnis
 4. Umfang der Maßnahme
- II. Information der Öffentlichkeit gemäß § 40 Abs. 1 LFGB
 1. Anwendungsbereich
 2. Relevantes Interesse der Öffentlichkeit
 3. Subsidiarität

3. Subsidiarität

Eine Information der Öffentlichkeit durch die Behörde nach § 40 Abs. 1 LFGB ist gemäß § 40 Abs. 2 LFGB nur dann zulässig, wenn andere ebenso wirksame Maßnahmen, insbesondere eine Information der Öffentlichkeit durch den Lebensmittel- oder Futtermittelunternehmer oder den Wirtschaftsbeteiligten, nicht oder nicht rechtzeitig getroffen werden oder die Verbraucherinnen und Verbraucher nicht erreichen. Hierfür sind im vorliegenden Fall keine Anhaltspunkte ersichtlich; es muss zunächst davon ausgegangen werden, dass G auf die behördliche Anordnung des Rückrufs nach § 39 LFGB unverzüglich reagiert. Nur wenn dies nicht der Fall ist – etwa weil G davon ausgeht, dass die Anordnung der Behörde rechtswidrig ist – kann die Behörde selbst – nach Abwägung aller Aspekte – die Öffentlichkeit selbst informieren. Zulässig ist es auch, dass die Behörde auf die Information des Lebensmittelherstellers hinweist, § 40 Abs. 2 Satz 2 LFGB.

Weiter

A. Welche Maßnahmen wird die zuständige Behörde der amtlichen Lebensmittelüberwachung gegenüber der X-GmbH einleiten?

I. Rücknahme / Rückruf nach § 39 LFGB
i.V.m. Art. 138 der Verordnung (EU) 2017/625

1. Verstoß gegen das Lebensmittelrecht
2. In Betracht kommende Anordnungen und Maßnahmen
3. Ermessen
 - a) Geeignetheit der Maßnahme
 - b) Erforderlichkeit der Maßnahme
 - c) Angemessenheit der Maßnahme
 - d) Zwischenergebnis

4. Umfang der Maßnahme

II. Information der Öffentlichkeit gemäß
§ 40 Abs. 1 LFGB

1. Anwendungsbereich
2. Relevantes Interesse der Öffentlichkeit
3. Subsidiarität
4. Ergebnis

4. Ergebnis

Eine Information der Öffentlichkeit kommt nicht in Betracht, sofern der Lebensmittelunternehmer seiner Pflicht zum Rückruf der Ware unverzüglich und in ausreichendem Umfang nachkommt, siehe aber § 40 Abs. 2 Satz 2 LFGB.

Weiter

A. Welche Maßnahmen wird die zuständige Behörde der amtlichen Lebensmittelüberwachung gegenüber der X-GmbH einleiten?

I. Rücknahme / Rückruf nach § 39 LFGB i.V.m. Art. 138 der Verordnung (EU) 2017/625

1. Verstoß gegen das Lebensmittelrecht
2. In Betracht kommende Anordnungen und Maßnahmen
3. Ermessen
 - a) Geeignetheit der Maßnahme
 - b) Erforderlichkeit der Maßnahme
 - c) Angemessenheit der Maßnahme
 - d) Zwischenergebnis

4. Umfang der Maßnahme

II. Information der Öffentlichkeit gemäß § 40 Abs. 1 LFGB

1. Anwendungsbereich
2. Relevantes Interesse der Öffentlichkeit
3. Subsidiarität
4. Ergebnis

III. Information der Öffentlichkeit nach § 40 Abs. 1a LFGB

III. Information der Öffentlichkeit nach § 40 Abs. 1a LFGB

In Betracht kommt allerdings eine Information der Öffentlichkeit nach § 40 Abs. 1a LFGB. Danach informiert die zuständige Behörde die Öffentlichkeit unter Nennung der Bezeichnung des Lebensmittels oder Futtermittels sowie unter Nennung des Lebensmittel- oder Futtermittelunternehmens, unter dessen Namen oder Firma das Lebensmittel oder Futtermittel hergestellt oder behandelt oder in den Verkehr gelangt ist, wenn der durch Tatsachen, im Falle von Proben nach § 38 Abs. 2a Satz 2 LFGB auf der Grundlage von mindestens zwei Untersuchungen durch eine Stelle nach Artikel 37 Abs. 4 Buchst. e) der Verordnung (EU) 2017/625, hinreichend begründete Verdacht besteht, dass

1. in Vorschriften im Anwendungsbereich dieses Gesetzes festgelegte zulässige Grenzwerte, Höchstgehalte oder Höchstmengen überschritten wurden oder
2. ein nach Vorschriften im Anwendungsbereich dieses Gesetzes nicht zugelassener oder verbotener Stoff in dem Lebensmittel oder Futtermittel vorhanden ist oder
3. gegen sonstige Vorschriften im Anwendungsbereich dieses Gesetzes, die dem Schutz der Endverbraucher vor Gesundheitsgefährdungen oder vor Täuschung oder der Einhaltung hygienischer Anforderungen dienen, in nicht nur unerheblichem Ausmaß oder wiederholt verstoßen worden ist und die Verhängung eines Bußgeldes von mindestens dreihundertfünfzig Euro zu erwarten ist oder eine Sanktionierung wegen einer Straftat zu erwarten ist und deswegen gemäß § 41 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) eine Abgabe an die Staatsanwaltschaft erfolgt ist.

Weiter

A. Welche Maßnahmen wird die zuständige Behörde der amtlichen Lebensmittelüberwachung gegenüber der X-GmbH einleiten?

I. Rücknahme / Rückruf nach § 39 LFGB i.V.m. Art. 138 der Verordnung (EU) 2017/625

1. Verstoß gegen das Lebensmittelrecht
2. In Betracht kommende Anordnungen und Maßnahmen
3. Ermessen
 - a) Geeignetheit der Maßnahme
 - b) Erforderlichkeit der Maßnahme
 - c) Angemessenheit der Maßnahme
 - d) Zwischenergebnis

4. Umfang der Maßnahme

II. Information der Öffentlichkeit gemäß § 40 Abs. 1 LFGB

1. Anwendungsbereich
2. Relevantes Interesse der Öffentlichkeit
3. Subsidiarität
4. Ergebnis

III. Information der Öffentlichkeit nach § 40 Abs. 1a LFGB

Hier besteht aufgrund von Tatsachen der hinreichend begründete Verdacht, dass gegen Vorschriften zum Schutz der Verbraucher vor Gesundheitsgefährdungen verstoßen wurde. Die Frage, ob die Öffentlichkeit zu informieren ist, hängt also maßgeblich von dem unbestimmten Tatbestandsmerkmal des zu erwartenden Bußgelds ab. Eine Prognose ist, ob der willkürlich gesetzten Grenze von 350 Euro, kaum möglich.

Weiter

A. Welche Maßnahmen wird die zuständige Behörde der amtlichen Lebensmittelüberwachung gegenüber der X-GmbH einleiten?

I. Rücknahme / Rückruf nach § 39 LFGB
i.V.m. Art. 138 der Verordnung (EU) 2017/625

1. Verstoß gegen das Lebensmittelrecht
2. In Betracht kommende Anordnungen und Maßnahmen
3. Ermessen
 - a) Geeignetheit der Maßnahme
 - b) Erforderlichkeit der Maßnahme
 - c) Angemessenheit der Maßnahme
 - d) Zwischenergebnis

4. Umfang der Maßnahme

II. Information der Öffentlichkeit gemäß § 40 Abs. 1 LFGB

1. Anwendungsbereich
2. Relevantes Interesse der Öffentlichkeit
3. Subsidiarität
4. Ergebnis

III. Information der Öffentlichkeit nach § 40 Abs. 1a LFGB

IV. Straf- und bußgeldrechtliche Konsequenzen

IV. Straf- und bußgeldrechtliche Konsequenzen

Verstöße gegen Artikel 14 Basisverordnung sind strafrechtlich relevant. Gemäß § 58 Abs. 2 Nr. 1 LFGB wird bestraft, wer entgegen Artikel 14 Basisverordnung ein gesundheitsschädliches Lebensmittel in den Verkehr bringt. Wer eine Handlung fahrlässig begeht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft. Gemäß § 59 Abs. 2 LFGB wird bestraft, wer entgegen Artikel 14 Basisverordnung vorsätzlich ein verzehrsuntaugliches Lebensmittel in den Verkehr bringt. Ordnungswidrig handelt, wer dies fahrlässig tut.

Weiter

A. Welche Maßnahmen wird die zuständige Behörde der amtlichen Lebensmittelüberwachung gegenüber der X-GmbH einleiten?

I. Rücknahme / Rückruf nach § 39 LFGB i.V.m. Art. 138 der Verordnung (EU) 2017/625

1. Verstoß gegen das Lebensmittelrecht
2. In Betracht kommende Anordnungen und Maßnahmen
3. Ermessen
 - a) Geeignetheit der Maßnahme
 - b) Erforderlichkeit der Maßnahme
 - c) Angemessenheit der Maßnahme
 - d) Zwischenergebnis

4. Umfang der Maßnahme

II. Information der Öffentlichkeit gemäß § 40 Abs. 1 LFGB

1. Anwendungsbereich
2. Relevantes Interesse der Öffentlichkeit
3. Subsidiarität
4. Ergebnis

III. Information der Öffentlichkeit nach § 40 Abs. 1a LFGB

IV. Straf- und bußgeldrechtliche Konsequenzen

Da hier eine Straftat vorliegen könnte (in Betracht kommt das fahrlässige Inverkehrbringen eines gesundheitsschädlichen Lebensmittels), wird die Behörde der amtlichen Lebensmittelüberwachung – nach Anordnung der erforderlichen lebensmittelrechtlichen Maßnahmen – prüfen, ob sie das Verfahren an die zuständige Staatsanwaltschaft übergibt, die für die Verfolgung von Straftaten zuständig ist. Der Vollständigkeit halber sei erwähnt: Strafbar machen können sich nur natürliche Personen, nicht aber das Unternehmen (die GmbH) als solches.

Weiter

A. Welche Maßnahmen wird die zuständige Behörde der amtlichen Lebensmittelüberwachung gegenüber der X-GmbH einleiten?

I. Rücknahme / Rückruf nach § 39 LFGB
i.V.m. Art. 138 der Verordnung (EU) 2017/625

1. Verstoß gegen das Lebensmittelrecht
2. In Betracht kommende Anordnungen und Maßnahmen
3. Ermessen
 - a) Geeignetheit der Maßnahme
 - b) Erforderlichkeit der Maßnahme
 - c) Angemessenheit der Maßnahme
 - d) Zwischenergebnis

4. Umfang der Maßnahme

II. Information der Öffentlichkeit gemäß
§ 40 Abs. 1 LFGB

1. Anwendungsbereich
2. Relevantes Interesse der Öffentlichkeit
3. Subsidiarität
4. Ergebnis

III. Information der Öffentlichkeit nach
§ 40 Abs. 1a LFGB

IV. Straf- und bußgeldrechtliche Konsequenzen

B. Welche Maßnahmen der zuständige Behörde kommen gegenüber dem Betreiber des Cash & Carry-Marktes in Betracht?

B. Welche Maßnahmen der zuständigen Behörde kommen gegenüber dem Betreiber des Cash & Carry-Marktes in Betracht?

Gegenüber dem Betreiber des Cash & Carry (C&C)-Marktes kommt die Anordnung einer Rücknahme in Betracht. Hierin zeigt sich eine Besonderheit der C&C-Märkte, denn anders als der Lebensmitteleinzelhandel, der seine Produkte an namentlich nicht näher bekannte Endverbraucher vertreibt, können Betreiber von C&C-Märkten, die ein Lebensmittel bezogen und weiterveräußert haben, ihre Kunden identifizieren.

Ob von den Betreibern von C&C-Märkten in diesen Fällen eine Rücknahme gefordert werden kann, ist umstritten.

Weiter

A. Welche Maßnahmen wird die zuständige Behörde der amtlichen Lebensmittelüberwachung gegenüber der X-GmbH einleiten?

I. Rücknahme / Rückruf nach § 39 LFGB i.V.m. Art. 138 der Verordnung (EU) 2017/625

1. Verstoß gegen das Lebensmittelrecht
2. In Betracht kommende Anordnungen und Maßnahmen
3. Ermessen
 - a) Geeignetheit der Maßnahme
 - b) Erforderlichkeit der Maßnahme
 - c) Angemessenheit der Maßnahme
 - d) Zwischenergebnis

4. Umfang der Maßnahme

II. Information der Öffentlichkeit gemäß § 40 Abs. 1 LFGB

1. Anwendungsbereich
2. Relevantes Interesse der Öffentlichkeit
3. Subsidiarität
4. Ergebnis

III. Information der Öffentlichkeit nach § 40 Abs. 1a LFGB

IV. Straf- und bußgeldrechtliche Konsequenzen

B. Welche Maßnahmen der zuständige Behörde kommen gegenüber dem Betreiber des Cash & Carry-Marktes in Betracht?

Einzelne Behörden fordern, dass Betreiber von C&C-Märkten über das bloße Aus-dem-Verkauf-nehmen eines Lebensmittels hinaus als weitere Reaktion auf einen vom Hersteller durchgeführten öffentlichen Rückruf ihre gewerblichen Abnehmer informieren und somit eine Rücknahme des Lebensmittels im Sinne von Artikel 19 Abs. 1 Satz 1 der Basisverordnung durchführen. Grund: Bei einem bereits erfolgten Eintritt der höchsten Gefährdung – wenn ein unsicheres Lebensmittel den Endverbraucher bereits erreicht hat – könnten zusätzlich zu einem öffentlichen Rückruf auch weniger einschneidende Maßnahmen von weiteren Lebensmittelunternehmen verlangt werden. Als solche kommt z. B. die Rücknahme auf einer weiteren Vertriebsstufe des Lebensmittels in Betracht, um ein hohes Gesundheitsschutzniveau zu gewährleisten.

Weiter

A. Welche Maßnahmen wird die zuständige Behörde der amtlichen Lebensmittelüberwachung gegenüber der X-GmbH einleiten?

I. Rücknahme / Rückruf nach § 39 LFGB i.V.m. Art. 138 der Verordnung (EU) 2017/625

1. Verstoß gegen das Lebensmittelrecht
2. In Betracht kommende Anordnungen und Maßnahmen
3. Ermessen
 - a) Geeignetheit der Maßnahme
 - b) Erforderlichkeit der Maßnahme
 - c) Angemessenheit der Maßnahme
 - d) Zwischenergebnis

4. Umfang der Maßnahme

II. Information der Öffentlichkeit gemäß § 40 Abs. 1 LFGB

1. Anwendungsbereich
2. Relevantes Interesse der Öffentlichkeit
3. Subsidiarität
4. Ergebnis

III. Information der Öffentlichkeit nach § 40 Abs. 1a LFGB

IV. Straf- und bußgeldrechtliche Konsequenzen

B. Welche Maßnahmen der zuständige Behörde kommen gegenüber dem Betreiber des Cash & Carry-Marktes in Betracht?

Gegen diese Auffassung wird angeführt, dass ein öffentlicher Rückruf die wirksamste und effektivste Maßnahme zur Unterrichtung der Verbraucher darstellt, die alle potenziellen Abnehmer des Lebensmittels erreicht. Gerade gewerbliche Abnehmer von Lebensmitteln unterliegen einer Produktbeobachtungspflicht und müssen im Rahmen ihrer eigenen Sorgfaltspflichten öffentliche Warnmeldungen über Lebensmittel verfolgen und gegebenenfalls eigenverantwortlich geeignete Maßnahmen ergreifen.

Weiter

A. Welche Maßnahmen wird die zuständige Behörde der amtlichen Lebensmittelüberwachung gegenüber der X-GmbH einleiten?

I. Rücknahme / Rückruf nach § 39 LFGB i.V.m. Art. 138 der Verordnung (EU) 2017/625

1. Verstoß gegen das Lebensmittelrecht
2. In Betracht kommende Anordnungen und Maßnahmen
3. Ermessen
 - a) Geeignetheit der Maßnahme
 - b) Erforderlichkeit der Maßnahme
 - c) Angemessenheit der Maßnahme
 - d) Zwischenergebnis

4. Umfang der Maßnahme

II. Information der Öffentlichkeit gemäß § 40 Abs. 1 LFGB

1. Anwendungsbereich
2. Relevantes Interesse der Öffentlichkeit
3. Subsidiarität
4. Ergebnis

III. Information der Öffentlichkeit nach § 40 Abs. 1a LFGB

IV. Straf- und bußgeldrechtliche Konsequenzen

B. Welche Maßnahmen der zuständige Behörde kommen gegenüber dem Betreiber des Cash & Carry-Marktes in Betracht?

Ohne besondere Anhaltspunkte kann der Betreiber eines C&C-Marktes also davon ausgehen, dass der herstellerseits durchgeführte öffentliche Rückruf auch die weiteren gewerblichen Abnehmer der Ware erreicht hat. Eine darüber hinausgehende, gesonderte Information der gewerblichen Abnehmer der C&C-Märkte erscheint daher im Regelfall nicht erforderlich. Etwas anderes kann nur gelten, sofern konkrete Umstände darauf hindeuten, dass der öffentliche Rückruf nicht alle Abnehmer des Lebensmittels erreicht hat. Dies kann etwa dann der Fall sein, wenn eine Routinekontrolle ergeben hat, dass gewerbliche Abnehmer nach wie vor das betroffene Produkt vertreiben.

Weiter

A. Welche Maßnahmen wird die zuständige Behörde der amtlichen Lebensmittelüberwachung gegenüber der X-GmbH einleiten?

I. Rücknahme / Rückruf nach § 39 LFGB
i.V.m. Art. 138 der Verordnung (EU) 2017/625

1. Verstoß gegen das Lebensmittelrecht
2. In Betracht kommende Anordnungen und Maßnahmen
3. Ermessen
 - a) Geeignetheit der Maßnahme
 - b) Erforderlichkeit der Maßnahme
 - c) Angemessenheit der Maßnahme
 - d) Zwischenergebnis

4. Umfang der Maßnahme

II. Information der Öffentlichkeit gemäß
§ 40 Abs. 1 LFGB

1. Anwendungsbereich
2. Relevantes Interesse der Öffentlichkeit
3. Subsidiarität
4. Ergebnis

III. Information der Öffentlichkeit nach
§ 40 Abs. 1a LFGB

IV. Straf- und bußgeldrechtliche Konsequenzen

B. Welche Maßnahmen der zuständige Behörde kommen gegenüber dem Betreiber des Cash & Carry-Marktes in Betracht?

Ergebnis

Nach hier vertretener Auffassung erscheint die Anordnung einer Rücknahme gegenüber dem Betreiber des C&C-Marktes zusätzlich zum herstellerseits erfolgten Rückruf der Ware nicht erforderlich.

Weiter

A. Welche Maßnahmen wird die zuständige Behörde der amtlichen Lebensmittelüberwachung gegenüber der X-GmbH einleiten?

I. Rücknahme / Rückruf nach § 39 LFGB i.V.m. Art. 138 der Verordnung (EU) 2017/625

1. Verstoß gegen das Lebensmittelrecht
2. In Betracht kommende Anordnungen und Maßnahmen
3. Ermessen
 - a) Geeignetheit der Maßnahme
 - b) Erforderlichkeit der Maßnahme
 - c) Angemessenheit der Maßnahme
 - d) Zwischenergebnis

4. Umfang der Maßnahme

II. Information der Öffentlichkeit gemäß § 40 Abs. 1 LFGB

1. Anwendungsbereich
2. Relevantes Interesse der Öffentlichkeit
3. Subsidiarität
4. Ergebnis

III. Information der Öffentlichkeit nach § 40 Abs. 1a LFGB

IV. Straf- und bußgeldrechtliche Konsequenzen

B. Welche Maßnahmen der zuständige Behörde kommen gegenüber dem Betreiber des Cash & Carry-Marktes in Betracht?

C. Welche Maßnahmen sollte G ergreifen?

C. Welche Maßnahmen sollte G ergreifen?

G trägt als Geschäftsführer der X-GmbH die Verantwortung für die Einhaltung der lebensmittelrechtlichen Vorschriften. Welche Pflichten der Lebensmittelunternehmer hat, wenn es um ein nicht sicheres Lebensmittel geht, ist in Artikel 19 Basisverordnung näher beschrieben.

Weiter

A. Welche Maßnahmen wird die zuständige Behörde der amtlichen Lebensmittelüberwachung gegenüber der X-GmbH einleiten?

I. Rücknahme / Rückruf nach § 39 LFGB
i.V.m. Art. 138 der Verordnung (EU) 2017/625

1. Verstoß gegen das Lebensmittelrecht
2. In Betracht kommende Anordnungen und Maßnahmen
3. Ermessen
 - a) Geeignetheit der Maßnahme
 - b) Erforderlichkeit der Maßnahme
 - c) Angemessenheit der Maßnahme
 - d) Zwischenergebnis
4. Umfang der Maßnahme

II. Information der Öffentlichkeit gemäß § 40 Abs. 1 LFGB

1. Anwendungsbereich
2. Relevantes Interesse der Öffentlichkeit
3. Subsidiarität
4. Ergebnis

III. Information der Öffentlichkeit nach § 40 Abs. 1a LFGB

IV. Straf- und bußgeldrechtliche Konsequenzen

B. Welche Maßnahmen der zuständige Behörde kommen gegenüber dem Betreiber des Cash & Carry-Marktes in Betracht?

C. Welche Maßnahmen sollte G ergreifen?

I. Rückruf

I. Rückruf

Gemäß Artikel 19 Abs. 1 Basisverordnung gilt Folgendes:

„Erkennt ein Lebensmittelunternehmer oder hat er Grund zu der Annahme, dass ein von ihm eingeführtes, erzeugtes, verarbeitetes, hergestelltes oder vertriebenes Lebensmittel den Anforderungen an die Lebensmittelsicherheit nicht entspricht, so leitet er unverzüglich Verfahren ein, um das betreffende Lebensmittel vom Markt zu nehmen, sofern das Lebensmittel nicht mehr unter der unmittelbaren Kontrolle des ursprünglichen Lebensmittelunternehmers steht, und die zuständigen Behörden darüber zu unterrichten. Wenn das Produkt den Verbraucher bereits erreicht haben könnte, unterrichtet der Unternehmer die Verbraucher effektiv und genau über den Grund für die Rücknahme und ruft erforderlichenfalls bereits an diese gelieferte Produkte zurück, wenn andere Maßnahmen zur Erzielung eines hohen Gesundheitsschutzniveaus nicht ausreichen.“

Weiter

A. Welche Maßnahmen wird die zuständige Behörde der amtlichen Lebensmittelüberwachung gegenüber der X-GmbH einleiten?

I. Rücknahme / Rückruf nach § 39 LFGB i.V.m. Art. 138 der Verordnung (EU) 2017/625

1. Verstoß gegen das Lebensmittelrecht
2. In Betracht kommende Anordnungen und Maßnahmen
3. Ermessen
 - a) Geeignetheit der Maßnahme
 - b) Erforderlichkeit der Maßnahme
 - c) Angemessenheit der Maßnahme
 - d) Zwischenergebnis

4. Umfang der Maßnahme

II. Information der Öffentlichkeit gemäß § 40 Abs. 1 LFGB

1. Anwendungsbereich
2. Relevantes Interesse der Öffentlichkeit
3. Subsidiarität
4. Ergebnis

III. Information der Öffentlichkeit nach § 40 Abs. 1a LFGB

IV. Straf- und bußgeldrechtliche Konsequenzen

B. Welche Maßnahmen der zuständige Behörde kommen gegenüber dem Betreiber des Cash & Carry-Marktes in Betracht?

C. Welche Maßnahmen sollte G ergreifen?

I. Rückruf

Hier wird der Lebensmittelunternehmer von der nach wie vor bestehenden Gefahr, die durch die Glasscherben ausgeht, erst durch eine behördliche Mitteilung erfahren haben. Abgesehen von der Frage, ob G das Lebensmittel überhaupt in Verkehr bringen durfte (ob er mit anderen Worten das Sieben des Wurstgutes als taugliche und ausreichende Maßnahme zur Beseitigung der Gefahr betrachten durfte) trifft G spätestens mit der entsprechenden Mitteilung durch die Behörde eine eigenständige Pflicht, einen Rückruf durchzuführen.

Weiter

A. Welche Maßnahmen wird die zuständige Behörde der amtlichen Lebensmittelüberwachung gegenüber der X-GmbH einleiten?

I. Rücknahme / Rückruf nach § 39 LFGB i.V.m. Art. 138 der Verordnung (EU) 2017/625

1. Verstoß gegen das Lebensmittelrecht
2. In Betracht kommende Anordnungen und Maßnahmen
3. Ermessen
 - a) Geeignetheit der Maßnahme
 - b) Erforderlichkeit der Maßnahme
 - c) Angemessenheit der Maßnahme
 - d) Zwischenergebnis

4. Umfang der Maßnahme

II. Information der Öffentlichkeit gemäß § 40 Abs. 1 LFGB

1. Anwendungsbereich
2. Relevantes Interesse der Öffentlichkeit
3. Subsidiarität
4. Ergebnis

III. Information der Öffentlichkeit nach § 40 Abs. 1a LFGB

IV. Straf- und bußgeldrechtliche Konsequenzen

B. Welche Maßnahmen der zuständige Behörde kommen gegenüber dem Betreiber des Cash & Carry-Marktes in Betracht?

C. Welche Maßnahmen sollte G ergreifen?

I. Rückruf

II. Information der Behörde

II. Information der Behörde

Die Pflicht zur Unterrichtung der Behörde ist hier gegenstandslos, da die Behörde G erst von der Gesundheitsgefahr in Kenntnis gesetzt hat. Anders wäre zu entscheiden gewesen, wenn G von den Glasscherben durch eine Verbraucherreklamation erfahren hätte: Hier hätte G unverzüglich den Rückruf der Ware veranlassen und die Behörde informieren müssen.

Weiter

A. Welche Maßnahmen wird die zuständige Behörde der amtlichen Lebensmittelüberwachung gegenüber der X-GmbH einleiten?

I. Rücknahme / Rückruf nach § 39 LFGB
i.V.m. Art. 138 der Verordnung (EU) 2017/625

1. Verstoß gegen das Lebensmittelrecht
2. In Betracht kommende Anordnungen und Maßnahmen
3. Ermessen
 - a) Geeignetheit der Maßnahme
 - b) Erforderlichkeit der Maßnahme
 - c) Angemessenheit der Maßnahme
 - d) Zwischenergebnis

4. Umfang der Maßnahme

II. Information der Öffentlichkeit gemäß § 40 Abs. 1 LFGB

1. Anwendungsbereich
2. Relevantes Interesse der Öffentlichkeit
3. Subsidiarität
4. Ergebnis

III. Information der Öffentlichkeit nach § 40 Abs. 1a LFGB

IV. Straf- und bußgeldrechtliche Konsequenzen

B. Welche Maßnahmen der zuständige Behörde kommen gegenüber dem Betreiber des Cash & Carry-Marktes in Betracht?

C. Welche Maßnahmen sollte G ergreifen?

I. Rückruf

II. Information der Behörde

III. Kooperation

III. Kooperation

G ist dazu verpflichtet, mit den Behörden der amtlichen Lebensmittelüberwachung zu kooperieren. Artikel 19 Abs. 4 Basisverordnung lautet:

„Die Lebensmittelunternehmer arbeiten bei Maßnahmen, die getroffen werden, um die Risiken durch ein Lebensmittel, das sie liefern oder geliefert haben, zu vermeiden oder zu verringern, mit den zuständigen Behörden zusammen.“

Im Rahmen der Rückrufaktion sollte G darauf achten, den Rückruf selbst durchzuführen und dies nicht der Behörde zu überlassen; dies ist in der Praxis vor allem in Fällen heikel, in denen Lebensmittelunternehmer und Behörde um die Rechtmäßigkeit / Erforderlichkeit eines Rückrufs streiten (dies dürfte hier nicht zur Diskussion stehen). Für die Außenwirkung gegenüber dem Kunden ist es für den Lebensmittelunternehmer stets besser, den Rückruf selbst durchzuführen, als dies der Behörde zu überlassen. Wichtig ist es, den Wortlaut eines öffentlichen Rückrufs mit der zuständigen Behörde abzustimmen. Ist die Behörde der Auffassung, dass die vom Lebensmittelunternehmer gewählte Formulierung nicht hinreichend präzise ist, kann die Behörde „nachlegen“, was in der Öffentlichkeit zu Irritationen führen kann.

Weiter

Lösungsbaum:

- A. Welche Maßnahmen wird die zuständige Behörde der amtlichen Lebensmittelüberwachung gegenüber der X-GmbH einleiten?
 - I. Rücknahme / Rückruf nach § 39 LFGB i.V.m. Art. 138 der Verordnung (EU) 2017/625
 - 1. Verstoß gegen das Lebensmittelrecht
 - 2. In Betracht kommende Anordnungen und Maßnahmen
 - 3. Ermessen
 - a) Geeignetheit der Maßnahme
 - b) Erforderlichkeit der Maßnahme
 - c) Angemessenheit der Maßnahme
 - d) Zwischenergebnis
 - 4. Umfang der Maßnahme
 - II. Information der Öffentlichkeit gemäß § 40 Abs. 1 LFGB
 - 1. Anwendungsbereich
 - 2. Relevantes Interesse der Öffentlichkeit
 - 3. Subsidiarität
 - 4. Ergebnis
 - III. Information der Öffentlichkeit nach § 40 Abs. 1a LFGB
 - IV. Straf- und bußgeldrechtliche Konsequenzen
- B. Welche Maßnahmen der zuständigen Behörde kommen gegenüber dem Betreiber des Cash & Carry-Marktes in Betracht?
- C. Welche Maßnahmen sollte G ergreifen?
 - I. Rückruf
 - II. Information der Behörde
 - III. Kooperation